

1 **Nachhaltige Hochschulpolitik für Bayern und Deutschland**

2 Bezirksvorstand Mittelfranken, Bündnis 90/Die Grünen, 24.3.2004

3

4 In einer Situation, in der Bayern seinen Verpflichtungen und Möglichkeiten zur
5 Hochschulfinanzierung im internationalen Vergleich und im europäischen Wettbewerb nicht
6 nachkommt, lassen sich private Finanzierungsbeiträge der Studierenden zur
7 Haushaltskonsolidierung nicht rechtfertigen. Hochschulen und andere Bildungsbereiche
8 benötigen eine bessere Finanzierung. Die Anzahl der Studierenden wird aufgrund der
9 demografischen Entwicklung und aufgrund politischer Zielvorgaben in den nächsten Jahren
10 erheblich zunehmen. Statt den derzeit laufenden Steuersenkungswettbewerb immer weiter
11 fortzuführen, der zu weiteren Kürzungen in allen Bildungsbereichen führen wird, sollten
12 Schulen und Hochschulen endlich als ein Innovationsfeld erkannt werden, in das es sich zu
13 investieren lohnt. Für die Einführung von Studiengebühren sprechen weder zwingende
14 Gerechtigkeitsargumente noch eindeutige ökonomische Erkenntnisse, sondern dies bleibt eine
15 politisch zu entscheidende Frage. Eine genauere Betrachtung der Belastungen und Gewinne
16 einzelner Gruppen zeigt, dass eine Abkehr von der öffentlichen Finanzierung der
17 Studienangebote hin zu einem Bezahlstudium im Gegenteil sogar bestehende soziale
18 Ungerechtigkeiten vergrößern wird. Wir sprechen uns deshalb gegen Studiengebühren aus.

19

20 Eine Reform des bayerischen Hochschulsystems und eine Verbesserung der
21 Wettbewerbsfähigkeit in Europa ist allerdings dringend erforderlich.

22

23 Öffentliche Beteiligung an den Hochschulen als Teil des öffentlichen Reichtums darf nicht
24 ab- sondern muss ausgebaut werden. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass
25 sich der Anteil der Studierenden in Bayern und Deutschland erhöht. Im Mittelpunkt des
26 Studiums sollen die Einübung und Entwicklung kommerziell nicht eingegrenzter Kreativität,
27 der Bereitschaft zur Kooperation und zur Kommunikation von Wissen als öffentlichem
28 Reichtum stehen. So wird der soziale Zusammenhalt gefördert und zukunftsfähiges
29 Wirtschaftswachstum der Wissensgesellschaft generiert.

30

31 Zur Reform und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen
32 und deutschen Hochschulen schlagen wir folgende vier Maßnahmen vor:

33

34 **(1) Studiengutscheine für ein nachfrageorientiertes Hochschulangebot**

35 Wir schlagen die Einrichtung eines Fonds zur Ausgabe von Studiengutscheinen vor. Die
36 Länder finanzieren den Fonds anteilig entsprechend ihrer Einwohnerzahl. Aus dem Fond
37 erhalten alle Studierende Studiengutscheine, die sie an den Hochschulen beim Besuch jeder
38 examensrelevanten Lehrveranstaltung einlösen. Dadurch kommt es zu einer Stärkung der

39 Nachfrageposition der Studierenden und einem Ausgleich zwischen Bundesländern, die
40 unterproportional bzw. überproportional Studienplätze anbieten.

41 Als Grundlage bietet sich das in NRW von der rotgrünen Landesregierung entwickelte und ab
42 2007 eingeführte Studienkontenmodell an.

43

44 **(2) Elternunabhängiges Studien- und Ausbildungsfinanzierungssystem für einen** 45 **allgemeinen Hochschulzugang und Generationengerechtigkeit**

46 Wir schlagen ein elternunabhängiges Studien- und Ausbildungsfinanzierungssystem als
47 Weiterentwicklung des BaföG vor. Damit kann der Lebensunterhalt elternunabhängig und
48 bedarfsdeckend für ein zwölfsemestriges Vollzeitstudium finanziert und eines der größten
49 Hindernisse für ein zielgerichtetes Studium beseitigt werden. Der Darlehensteil muss im
50 Anschluss an das Studium einkommensabhängig und sozialverträglich an den Fond
51 zurückgezahlt werden.

52 Ein elternunabhängiges Studien- und Ausbildungsfinanzierungssystem ist auch ein Beitrag
53 zu einer gerechteren Verteilung der Lasten in der Gesellschaft auf dem Weg zu der von
54 Bündnis 90/Die Grünen geforderten Bürgerversicherung. Eltern und andere
55 Unterhaltspflichtige werden entlastet und erhalten finanzielle Freiräume beispielsweise für
56 eine zusätzliche Altersvorsorge.

57 Als Grundlage bietet sich der Bundesausbildungsförderungsfonds (BAFF) an, wie er seit
58 Mitte der 1990er Jahre von Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen wird.

59

60

61 **(3) Mehr Autonomie und Eigenverantwortung für die Hochschulen**

62 Wir fordern mehr Autonomie für die Hochschulen. Wir fordern die Abschaffung des
63 Beamtentums an den Hochschulen und die Einführung eines Wissenschaftstarifvertrages, der
64 die Universitäten in die Lage versetzt, eine vernünftige Stellen- und Ressourcenplanung zu
65 betreiben.

66 Zum Wissenschaftstarifvertrag bietet sich als Grundlage das Positionspapier (Dezember
67 2003) der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft, Hochschule und Technik (BAG WHT)
68 von Bündnis 90/Die Grünen an.

69

70 **(4) Hochschulfinanzierung über Studierendennachfrage und Evaluationsergebnisse**

71 Wir schlagen vor, dass die öffentliche Finanzierung der Lehraufgaben der Hochschulen
72 teilweise über die von den Studierenden an einer Hochschule eingelösten Studiengutscheine
73 gewährleistet wird. Ein Anteil der direkten öffentlichen Finanzierung der Forschungsaufgaben
74 der Hochschulen sollte von einer regelmässigen mittelfristigen unabhängigen Evaluation der
75 Forschungsleistungen der WissenschaftlerInnen jeder Hochschule gesteuert werden.